

## **Zu Lasten des Steuerzahlers**

### **Mieterberatung für Leistungsempfänger wird eingestellt**

Mitte/Tiergarten/Wedding. Der Bezirk muss sparen, wenn es sein muss, zu Lasten des Steuerzahlers. Auf diesen Nenner könnte man die geplante Einstellung der Mieterberatung des Büros für stadtteilnahe Sozialplanung (BfsS) im Wedding bringen. Diese spezielle Mieterberatung ist für Menschen im Bezirk gedacht, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe bekommen, die ihre Miete also nicht aus eigener Tasche zahlen müssen. Wenn ihre Sachbearbeiter im Amt vermuten, dass eine Mieterhöhung nicht gerechtfertigt, eine Heizkostenabrechnung überhöht ist, schicken sie ihre Klienten zur Prüfung in die BfsS-Mieterberatung.

Meist geht es um kleine Beträge, die Vermieter zu ihren Gunsten aufschlagen. Allein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben sich diese kleinen Beträge aber immerhin auf fast 58.000 Euro bei den Nebenkosten und 7.500 Euro bei den Mieterhöhungen summiert. Für die Arbeit des BfsS hat der Bezirk im selben Zeitraum 32.000 Euro bezahlt. „Insgesamt spart das Land also mehr ein als die Überprüfung kostet“, sagt Bernd Schimmler, ehemaliger Baustadtrat im Wedding, der die Mieterberatung im Jahr 1999 eingeführt hatte.

Auch die heute verantwortliche Sozialstadträtin Miriam Scheffler findet die Mieterberatung sinnvoll. Dass sie dennoch den Vertrag, der zum 31. Dezember ausläuft, nicht verlängern will, liegt an der extremen Haushaltsnotlage des Bezirks. „Wir haben die Mieterberatung aus unserer eigenen Kasse bezahlt. Die Mietkosten für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger zahlt aber das Land.“ Im Klartext: Der Bezirk Mitte hat mit der Mieterberatung dafür gesorgt, dass die Sozialausgaben für das Land Berlin etwas geringer ausfallen, muss die Kosten für die Beratung aber selber tragen. „Und das können wir uns jetzt, da uns der Senat zu enormen Einsparungen zwingt, nicht mehr leisten“, sagt Miriam Scheffler. „Beim Senat ist die Prüfung der Mietkosten nicht vorgesehen, die Bezirke erhalten keine Mittel dafür“. „Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten darf das keine Rolle spielen“, sagt dagegen Schimmler. „Geschädigt werden so die Steuerzahler!“

Insgesamt zahlt allein das Jobcenter Mitte jährlich 180 Millionen Euro an Unterbringung- und Mietkosten an Arbeitslose im Bezirk. „Diese Summe steht in keinem Verhältnis zu den durch die Mieterberatung jährlich eingesparten 30.000 Euro“, sagt Miriam Scheffler. „Trotzdem würden wir das Angebot gern aufrechterhalten, wenn wir finanziell nicht so unter Druck ständen,“

Berliner Abendblatt vom 5.12.2007